Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 75 (2004)

Heft: 12

Artikel: Jährliche Pflegekosten sind laut BAG deutlich höher als in der Vernehmlassung angenommen : "Die Pflegekosten liegen sicher über zwei Milliarden Franken"

Autor: Hansen, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-804525

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jährliche Pflegekosten sind laut BAG deutlich höher als in der Vernehmlassung angenommen

«Die Pflegekosten liegen sicher über zwei Milliarden Franken»

Robert Hansen

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) spricht von deutlich höheren Pflegekosten als den bisher angenommenen 1,3 Milliarden Franken. Die von den Krankversicherungen zu bezahlenden Pflegekosten würden sich auf deutlich über zwei Milliarden jährlich belaufen, sagt Vizedirektor Hans Heinrich Brunner.

«Der Pflegebereich erscheint im Vergleich zu Spital- und Medikamentenkosten als marginal. Doch wir beobachten einen markanten Anstieg der Kosten bei der ambulanten Pflege von über 40 Prozent und bei der Krankenpflege im Heim von über 25 Prozent zwischen den Jahren 1999 bis 2003», sagte BAG-Vizedirektor Hans Heinrich Brunner an der Curaviva-Fachtagung «Alter». «Eine Bevölkerung, die älter wird, verursacht logischerweise höhere Pflegekosten», begründete der Leiter des Direktionsbereiches Kranken- und Unfallversicherung diese Entwicklung. 2002 wurden die Gesamtkosten von rund 6 Milliarden Franken für die Pflegeheime und 1 Milliarde Franken für Spitexdienste folgendermassen aufgeteilt:

- Krankenversicherungen: 20%
- Subventionen: 3%
- Hilflosenentschädigung AHV: 6%
- Ergänzungsleistungen der AHV: 14%
- Hilflosenentschädigung IV: 1%
- Sozialhilfe: 2%
- Kantone und Gemeinden: 13%
- Private Haushalte: 41%

Viele Fragezeichen

Die deutliche Zunahme der direkten Leistungen der Pflegebedürftigen habe grosse Auswirkungen auf deren Vermögen wie auch auf jene der Nachkommen. Daraus ergebe sich eine komplexe Ausgangslage für die Botschaft der Pflegefinanzierung, verschiedene Modelle würden diskutiert. Geplant sei in jedem Fall ein Ausbau der finanziellen Zuschüsse durch Ergänzungsleistungen.

Brunner warnte gleichzeitig, dass die bisher in der Vernehmlassung angenommenen Kosten für die Langzeitpflege, für welche die Krankenkassen aufkommen müssten, mit 1,3 Milliarden auf alten Zahlen basierten und damit deutlich zu tief angesetzt gewesen seien: «Diese Zahlen waren in ihrer ursprünglichen Form schlicht falsch. Wir sind daran, diese Kosten präziser zu rechnen, aber alle Modelle zeigen, dass sich die Pflegekosten auf deutlich über zwei Milliarden Franken belaufen.» Die Zahl sei davon abhängig, wie viele Pflegebedürftige es geben werde und in welchen Altersklassen und Pflegeklassen diese seien. «Die bisherigen Hochrechnungen basieren nur auf Zahlen von 1980 bis 1995.»

Bessere Kontrollen

Unverkennbar sei die Tendenz, Kosten der Behandlungspflege auf die Krankenkassen abzuschieben. Die Krankenkassen müssten deshalb Kalkulationen und Rechnungen überprüfen und spezialisierte Geriatrieärzte zur Kontrolle einsetzen. «Über Kontrollen muss noch nachgedacht werden. Ohne sie könnte wirklich eine Kostenexplosion erfolgen», sagte Brunner. «Die Frage ist, wie die zukünftige Regelung aussieht. Die Krankenkassen werden immer einen Kontrollapparat brauchen, auch wenn dies als unsinniger Administrativaufwand empfunden wird. Die Alternative wäre ein Globalbudget. Doch das ist immer der schlechtere Weg. Ziel muss ein vertretbarer Kontrollaufwand sein. Zudem muss der Leistungskorb definiert werden. Was ist für die Behandlung wirklich nötig? Diese Diskussion ist noch nicht angelaufen.»

Durch die vom Parlament eingefrorenen Pflegetarife würden die Finanzierungslücken in vielen Kantonen zementiert und zu einem ungelösten Problem werden. «Das heutige Gesetz und der Vollzug stimmen nicht überein. Die Pflegefinanzierung wird erst nach der Spitalfinanzierung behandelt, frühestens in der zweiten Hälfte 2005. Ich stufe das Problem als sehr gravierend ein. Wenn die neue Pflegefinanzierung erst 2007 oder noch später umgesetzt wird, muss beim Parlament nochmals beantragt werden, die eingefrorenen Tarife zu überdenken», forderte Brunner.

«Vor lauter Konzentration auf die Spitalfinanzierung darf man das andere Problem nicht unterschätzen. Es brodelt unter der Decke. Dieser Sprengsatz wird von vielen Akteuren gar nicht wahrgenommen.»